



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln

An Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 27.05.2013

AN/0645/2013

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	18.06.2013

Städtepartnerschaft Köln – Istanbul: Einsatz des Oberbürgermeisters für ethnische Minderheiten, verfolgte Christen und für Rechtsstaat, Menschenrechte und Demokratie

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion der Bürgerbewegung PRO KÖLN bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt Köln am 18. Juni 2013 zu setzen.

Städtepartnerschaft Köln – Istanbul: Einsatz des Oberbürgermeisters für ethnische Minderheiten, verfolgte Christen und für Rechtsstaat, Menschenrechte und Demokratie

Der Rat bittet den Oberbürgermeister sich im Rahmen der Städtepartnerschaft Köln – Istanbul beim seinem nächsten Besuch in der Türkei, für die demokratischen Rechte von ethnischen Minderheiten, verfolgten Christen und anderen Opfern von Menschenrechtsverletzungen durch den türkischen Staat einzusetzen.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, ggf. zusammen mit dem „Kölner Schwulen- und Lesbentag e.V.“ sich dafür einzusetzen, dass die Christopher-Street-Day-Parade künftig ohne behördliche Schikanen durchgeführt werden kann.

Begründung

Nach wie vor gibt es in der Türkei Menschenrechtsverletzungen durch den türkischen Staat. Die Religionsfreiheit in der Türkei scheint es nur für Aktivitäten der staatlichen Religionsbehörde Dyanet zu geben. Die christlichen Kirchen, die seit der Entstehung des Christentums in Kleinasien den Glauben verbreitet haben, erleben nach wie vor eine existenzgefährdende Benachteiligung durch die Behörden.

Sie sind weder als Körperschaften anerkannt, noch können sie in aller Öffentlichkeit ihre Religion ausüben. Konstantinopel war die erste christliche Stadtgründung überhaupt und bevor die Türken aus Mittelasien eingewandert sind, war Anatolien ein Land mit einer christlichen Bevölkerung.

Hier lebten Armenier, Assyrer, Aramäer, Griechen, Kurden und andere Völker friedlich zusammen. 1920 waren noch 20 % aller Parlamentsabgeordneten christlichen Glaubens. Durch Völkermord und Vertreibung leben heute nur noch wenige Christen in ihrer angestammten Heimat. Zwar werden christliche Gottesdienste von der Polizei bewacht, dennoch kommt es in nicht wenigen Fällen zu offenen Übergriffen und Ermordungen. Auch andere Minderheiten, wie zum Beispiel Homosexuelle, leiden unter dem autoritären Staatsregime der Türkei. Auch hier sind Übergriffe bekannt.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, dass der Oberbürgermeister der Stadt Köln, insbesondere bei seinem nächsten Zusammentreffen, mit dem Oberbürgermeister von Istanbul über diese Thematik spricht und verbindliche Zusagen einfordert. Dazu sollte die Durchführung des Christopher Street Day in Istanbul gehören, sowie die Eröffnung des orthodoxen Priesterseminars und die Anerkennung der Sprachen der autochthonen Völkerschaften auf dem Gebiet der Türkei.

Gez.

Judith Wolter

Jörg Uckermann